

Für Hamburg. Mit uns.

**Das Arbeitsprogramm
der Hamburger Sozialdemokraten
1986–1990.**

B86-299

Inhalt

	Seite
1. Zur Lage _____	1
2. Worauf es jetzt ankommt _____	5
1. Arbeitslosigkeit bekämpfen _____	6
2. Standort Hamburg _____	11
3. Ausbildung _____	25
4. Kultur für alle _____	32
5. Gleichberechtigung _____	35
6. Soziale Gerechtigkeit _____	38
7. Umweltschutz _____	43
8. Lebensqualität _____	48
9. Innere Sicherheit _____	52
10. Verwaltung _____	55
11. Sparsamkeit _____	57
12. Nachbarländer _____	59
3. Unser Volk braucht inneren und äußeren Frieden _____	60
4. Entscheiden Sie _____	63

Herausgeber:
SPD Landesorganisation Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
2000 Hamburg 1

Verantwortlich: Peter Walter

Druck: Wullenwever-Druck Heine KG Lübeck
Grapengießerstraße 30, 2400 Lübeck 1

Zur Lage

Zur Lage

Hamburg hat Optimismus und Tatkraft zurückgewonnen. Mit neuem Mut und notwendiger Gemeinsamkeit geht Hamburg wieder nach vorn.

Gewiß: Hinter uns liegen schwierige Jahre. Und die kommenden werden nicht leichter. Hamburg wurde – und wird – von dem verschärften Strukturwandel der Produktionsbedingungen in Industrie und Dienstleistung ebenso betroffen wie vom Wandel der Weltwirtschaft. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Härten werden auch bei uns noch auf absehbare Zeit zur Wirklichkeit gehören.

Aber wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte getan, um eine Antwort auf die Probleme der Stadt zu finden: Wir haben die Anziehungskraft des Wirtschaftsstandorts Hamburg verstärkt und zugleich neue Wege in der Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik aufgezeigt. Dem wirtschaftlichen Fundament haben wir neue Tragkraft gegeben. Unsere Stadt ist schöner und lebenswerter denn je. Die Hamburgerinnen und Hamburger wissen das – und mit ihnen die wachsende Zahl der Gäste, die unsere Stadt besuchen.

Wir Sozialdemokraten bitten um das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger, um auf diesem Weg in der nächsten Legislaturperiode weiter voranschreiten zu können.

Die Wende-Folgen

Allerdings wird unsere Arbeit durch gefährliche bundespolitische Tendenzen beeinträchtigt:

- Trotz einer weltweiten konjunkturellen Aufwärtsbewegung besteht die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik unverändert fort;
- nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf einen konservativen Kurs gebracht, der Arbeitnehmer, aber auch sozial Schwache immer deutlicher benachteiligt;
- die Kampfrechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der sozialen Auseinandersetzung wurden eingeschränkt;
- perfektionistische Sicherheitsgesetze und geistige Intoleranz gefährden die Liberalität in unserem Lande;
- die reale Lage der Frauen hat sich wieder verschlechtert;
- in der Außenpolitik wurde die Rolle der Bundesrepublik als eigenständige Kraft, die sich selbstbewußt in einer aktiven Friedens- und Entspannungspolitik engagiert, aufgegeben.

Probleme

In Norddeutschland und in Hamburg sind die wirtschaftlichen Bedingungen seit 1982 schwieriger geworden. Das Süd-Nord-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung wurde steiler. Hamburgs Arbeitnehmer, besonders in der Privatwirtschaft, haben die Auswirkungen von Betriebsschließungen und struktureller Arbeitsplatzvernichtung besonders hart zu spüren bekommen. Hamburgs Arbeitslosigkeit ist überproportional gestiegen. Zugleich wuchs die Anziehungskraft unserer Stadt auf das Umland und damit die Zahl der Einpendler, die in Hamburg

Zur Lage

arbeiten oder ausgebildet werden. Die noch immer ungewöhnlich starke Wirtschafts- und Finanzkraft Hamburgs – und auf die dahinter stehende Leistung können wir alle stolz sein – wird durch eine ungerechte Verteilung der Steuern zwischen den Bundesländern unerträglich belastet: Auch 1985 mußte Hamburg über 700 Millionen DM Lohnsteuer für Einpendler und zusätzlich über 400 Millionen DM Finanzausgleich an andere Bundesländer abführen. Kein anderes Bundesland muß auch nur annähernd ähnliche Lasten für andere tragen.

Wir Hamburger Sozialdemokraten halten nichts von einem Schwarzen-Peter-Spiel der Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene. Aber jeder muß wissen, daß die großen Probleme unserer Zeit nur gelöst werden können, wenn sich die Verantwortlichen auf allen Ebenen um sachgerechte Lösungen bemühen. Auch bei unterschiedlichen politischen Auffassungen. Deshalb formulieren wir hier unsere Ziele für Hamburg und unsere Forderungen an Bonn. Deshalb ist es wichtig, daß Sozialdemokraten in Hamburg und Bonn Verantwortung tragen.

**Worauf es jetzt
ankommt:**

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

1. Massenarbeitslosigkeit bekämpfen

Als die CDU/CSU 1982 die Regierung übernahm, versprach sie einen erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahre. Die Regierung Kohl konnte ihr Versprechen nicht halten. Und das, obwohl sie Rückenwind durch wachsende internationale Geldwertstabilität und wirtschaftliches Wachstum hatte. Die Erfahrungen dieser Jahre haben bewiesen, daß weder Wettbewerbsfähigkeit noch Wachstum ausreichen, um allen Arbeit zu geben. Und was soll erst werden, wenn die Konjunktur erneut abflaut?

Eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 9 Prozent im Bund verschleiert heute zudem das zunehmende Gefälle der Beschäftigung zwischen den Regionen der Republik. Nahezu vollbeschäftigten Gebieten stehen Problemzonen gegenüber, in denen die Arbeitslosigkeit inzwischen beständig Größenordnungen wie in den 30er Jahren der Weltwirtschaftskrise aufweist.

Wir Hamburger Sozialdemokraten wissen, daß unsere Stadt schon aufgrund ihrer tiefen Verflechtung mit der Weltwirtschaft auf Dauer nur durch uneingeschränkte Wettbewerbsfähigkeit bestehen kann. Dies gilt insbesondere für private Betriebe. Aber auch Verwaltungen und Versorgungseinrichtungen der Stadt müssen kostengünstig und effektiv arbeiten.

Zugleich wissen wir: Wettbewerbsfähigkeit allein ist nicht die Antwort auf alle Fragen, auch nicht auf die große Herausforderung Arbeitslosigkeit.

Wer heute zur Sicherung des Rechtes auf Arbeit allein auf Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Rahmenbedingungen vertraut, muß sich vorwerfen lassen, die Massenarbeitslosigkeit zu dulden.

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Handeln

Deswegen fordern wir von der Bundesregierung, endlich aktiv zu handeln. Die Voraussetzungen für eine Stärkung der binnenwirtschaftlichen Konjunktur sind gegeben. Die Notwendigkeit verstärkten binnenwirtschaftlichen Handelns ergibt sich auch aus der befürchteten Abflachung der amerikanischen Konjunktur und damit der Weltwirtschaft.

Das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ liegt auf dem Tisch. Es ist finanzierbar: Mit ihm könnten neue Arbeitsplätze in Bereichen hohen gesellschaftlichen Bedarfs geschaffen werden. Öffentliche, solide finanzierte Investitionsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensqualität, die gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden getragen werden, können – nach dem Vorbild des Zukunftsinvestitionsprogrammes der sozialliberalen Bundesregierung von 1977 – einen wichtigen Beitrag leisten, um die Beschäftigung zu erhöhen. Hier wissen wir uns mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund einig. Daneben fordern wir von den Tarifparteien konkrete Schritte zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit durch weitere Arbeitszeitverkürzungen sowie von der Bundesregierung eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Arbeit beschaffen

Die Hamburger SPD wird deswegen dazu beitragen, daß im Bundestagswahlkampf 1987 unser Ziel weiter konkretisiert wird, einen größeren Teil der Milliardenbeträge, die heute für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden müssen, für zusätzliche Beschäftigung zu verwenden. Es kann nicht richtig sein, daß unsere Gesellschaft zwar in der Lage ist, komplizierteste technische Probleme zu lösen, es aber nicht schafft, die relativ einfache Umverteilung eines Teils der riesigen, heute für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe ausgegebenen Finanzmittel für sinnvolle Beschäftigung zu nutzen und damit zugleich zur Lösung dringender gesellschaftlicher Aufgaben beizutragen.

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Bundesweite Beschäftigungspolitik ist eine Voraussetzung auch für mehr Arbeitsplätze in Hamburg. Denn Senat und Bürgerschaft können auf den Hamburger Arbeitsmarkt nur sehr begrenzt einwirken. Allein die Tatsache, daß jeder fünfte Hamburger Arbeitnehmer heute aus dem Umland kommt, macht deutlich, daß zusätzliche, auf Mehrbeschäftigung gerichtete Programme nicht in Hamburg allein durchgeführt werden können, sondern bundesweit organisiert werden müssen.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung nicht gerecht wird und die Handlungsmöglichkeiten Hamburgs sehr beschränkt sind, befreit uns allerdings nicht von der Pflicht, in der Stadt Wege zu finden, die mehr Arbeitsplätze schaffen.

Der Weg

Die Arbeitnehmer in der Hansestadt haben Anspruch auf eine offensive und vorbeugende Beschäftigungs- und Strukturpolitik. Dafür müssen Hamburgs Sozialdemokraten gemeinsam mit allen Bürgern Zeichen setzen. Die Beschäftigungspolitik in schwedischen Regionen bietet dafür hervorragende Modelle. Sie beweisen, daß durch konzeptionelles Vorgehen auf der Grundlage einer strukturpolitischen Vorschau auch landespolitische Initiativen möglich sind. Dazu gehören:

- ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisch sinnvoller Ausbau des Programms „Zweiter Arbeitsmarkt“;
- die Verknüpfung der Umweltpolitik mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (Bündelung der vordringlichen Maßnahmen im Umweltschutz zu einem aufgaben- und beschäftigungsorientierten Sachprogramm);
- ein verstärkter und vorbildlicher Einsatz der Hamburger öffentlichen Unternehmen.

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Hamburg muß derartige konstruktive Schritte zur Einschränkung negativer Folgen des raschen Strukturwandels aufzeigen und mutig angehen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß jeder Bürger die Möglichkeit hat, sinnvolle Arbeit unter menschenwürdigen Verhältnissen zu verrichten.

Hamburgs Initiative

Hamburg hat mit seinem Programm „Zweiter Arbeitsmarkt“ die Richtung gewiesen: Anstatt Menschen, die Arbeit suchen, mit Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe dafür zu bezahlen, daß sie nicht arbeiten dürfen, haben wir damit begonnen, die Ausgaben für qualifizierende und gesellschaftlich nützliche Arbeit zum Tariflohn einzusetzen. So hat Hamburg für 5 000 Menschen neue Beschäftigung geschaffen. Und wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in der nächsten Legislaturperiode die Zahl dieser Arbeitsplätze mindestens verdoppelt wird. Darüber hinaus hat Hamburg durch Arbeitszeitverkürzungen und zusätzliche Teilzeitarbeit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Auch diesen Weg werden wir energisch weitergehen.

Diese nächsten Schritte sind allerdings nur möglich, wenn die Bundespolitik auf diesem Gebiet grundsätzlich geändert wird. Angesichts der wachsenden Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir Hamburger Sozialdemokraten durch Initiativen im Bundesrat die Rahmenbedingungen für eine derartige aktive Arbeitsmarktpolitik schaffen:

- Jeder Arbeitslose, dessen Bezug von Arbeitslosengeld endet, muß einen Anspruch auf eine überbrückende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bekommen;
- junge Menschen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung keine Anstellung finden, müssen unmittelbar Anspruch auf eine überbrückende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bekommen;

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

- Frauen, die aufgrund häuslicher Bindungen nicht berufstätig waren und in das Erwerbsleben zurückkehren wollen, müssen die Zugangsberechtigung zu allen Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten;
- allen Arbeitslosen muß die Möglichkeit zur Erhaltung und zum Ausbau ihrer beruflichen Qualifikation eröffnet werden;
- das bedeutet, daß stufenweise die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit mindestens zu zwei Drittel für Arbeitsplätze und Qualifizierung verwendet werden;
- ein wichtiges und erfolgversprechendes Mittel zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit bleibt die Arbeitszeitverkürzung. Das Beispiel der Einführung der 38,5-Stunden-Woche beweist: auch Arbeitszeitverkürzung sichert und schafft Arbeitsplätze. Wir werden uns auch in Zukunft für eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich einsetzen. Dies umzusetzen bleibt originäre Aufgabe der Tarifpartner.

2

Standort Hamburg

2. Der Standort Hamburg muß noch wettbewerbsfähiger werden

Die Hamburger Sozialdemokraten haben eine Politik für den „Standort Hamburg“ entwickelt, um das wirtschaftliche Fundament unserer Stadt zu stärken, zu erneuern und zu erweitern.

Das bedeutet in erster Linie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Rahmenbedingungen für die Hamburger Wirtschaft. Es bedeutet aber auch, im Wettbewerb um Ansiedlungen, neue Technologien und innovative Fertigungen mitzuhalten.

Um dies zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen für die heute in Hamburg ansässigen Unternehmen sowie in Hamburg anzusiedelnde Betriebe so gestaltet werden, daß der Wirtschaftsstandort Hamburg in seiner Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit weiter gestärkt wird.

Kreativität

Um die Wirtschaftsstruktur unserer Stadt zu verbessern, bedarf es nicht nur politischer Entscheidungen, sondern auch einer dienstleistungsorientierten, kreativen und flexiblen Wirtschaftsverwaltung. Die neu gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft leistet bereits wichtige Beiträge dazu. Diese Arbeit soll durch die Schaffung einer Ideenbörse, bei der die Bevölkerung Vorschläge für neue Produkte, neue Arbeitsfelder, aber auch für die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung machen kann, ergänzt werden. Die Verwaltung wird durch besondere Schulungsmaßnahmen auf Bezirks- und Senats-ebene verstärkt darauf eingestellt werden. Die Einrichtung der Wirtschaftsbeauftragten in den Bezirken hat sich grundsätzlich bewährt. Die Wirksamkeit dieser Dienststellen soll jedoch personell und funktionell innerhalb der Bezirksämter und durch bessere Anbindung an die Fachbehörden verstärkt werden.

2

Standort Hamburg

Beratung

Wir werden das strukturpolitische Gremium, bestehend aus Vertretern der zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinstitutionen sowie der öffentlichen Hand, fortentwickeln. Im übrigen werden wir die Beratung von Betriebsräten und Gewerkschaften im Bereich technischer Entwicklungen und neuer Technologien, wie sie bereits durch das Technologieberatungszentrum der Gewerkschaften geschieht, weiter ausbauen.

Förderung

Durch überholte Wirtschaftsförderungsprogramme des Bundes für bereits gut ausgestattete Umlandgemeinden wird Hamburg heute oft ein volkswirtschaftlich überflüssiger „Bürgermeisterwettbewerb“ aufgezwungen. Hier muß der Bund die Gesetze den heutigen Bedingungen anpassen. Denn derartige Fehlleitungen von Fördermitteln schaukeln die Subventionsforderungen nur in die Höhe, erwecken bei allen nichtbeteiligten Unternehmen Begehrlichkeiten und schaden der Finanzlage unserer Stadt.

Unsere Standortpolitik und unsere verantwortlich abgewogenen, notwendigen Förderungsentscheidungen setzen daher gezielt an den Rahmenbedingungen Hamburgs und an den erkannten Defiziten unserer Wirtschaftsstruktur an, um effizient und nachhaltig für Verbesserungen zu sorgen. Leistungsfähige Unternehmen in Industrie, Handel und Handwerk sowie eine qualifizierte, selbstbewußte Arbeitnehmerschaft sind dafür gleichermaßen vonnöten. Die sozialen Errungenschaften unserer Stadt und ihrer Arbeitnehmer dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben. Deshalb ist die Entscheidung über den Einsatz öffentlicher Mittel daran zu messen, ob das geförderte Unternehmen die Sicherung und Neuschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die technologische Entwicklung der Stadt, der Steuern, ökologische Gesichtspunkte und den Ausbau von Arbeitnehmerschutz- und Mitbestimmungsrechten angemessen berücksichtigt. Bei der Formulierung und Kontrolle von beschäftigungs-

2

Standort Hamburg

wirksamen Auflagen sind die betroffenen Betriebsräte einzubeziehen.

Unsere Standortpolitik berücksichtigt auch den Aufbau und Ausbau alternativer Betriebsformen, die an genossenschaftlichen Traditionen anknüpfen. Schöpferische Kräfte sichern auch hier Arbeitsplätze. Die Vergabe der hierfür vorgegebenen Mittel ist flexibel zu gestalten; Bürgschaftsmittel sind vorzusehen.

Industrie

Der weltwirtschaftliche Strukturwandel hat in Hamburg zu einem überdurchschnittlich hohen Abbau von industriellen Arbeitsplätzen geführt. Betroffen davon sind Wirtschaftszweige, die für die Stadt traditionell von großer Bedeutung sind, wie z. B. der Schiffbau, die Mineralölverarbeitung und die Bauwirtschaft. Diesen und anderen Branchen, die einen besonders starken Arbeitsplatzabbau hinnehmen mußten, müssen neue Zukunftschancen erschlossen werden. Gefordert sind dabei zunächst die Unternehmen selbst, aber auch die Bundesregierung, die aus volkswirtschaftlichen Gründen Bedingungen zur Erhaltung dieser Industrien setzen muß. Wo Hamburg eigene Möglichkeiten hat, die Umstrukturierung traditioneller Industrien in neue, zukunftssträchtige Bedarfswelder zu unterstützen, wird es diese ausnutzen. Wichtig ist dabei z. B. die wachsende Nachfrage nach emissionsarmer Produktions- und Energietechnik, nach fortschrittlichen Reinigungsverfahren und umweltfreundlichen Produkten. Wir werden das Hamburger „Umweltpolitische Aktionsprogramm“ daher auch unter dem Gesichtspunkt weiterverfolgen, wie bei seiner Umsetzung strukturpolitische Wirkungen für die Hamburger Industrie erreicht werden können.

Ebenso wichtig ist es, die Industriezweige zu pflegen und zu stärken, die langfristig gute Wachstumschancen bieten. Neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze werden immer häufiger auf der Grundlage wissenschaftlich-technischer Entwicklungen und den hiermit verbundenen Dienstleistungen entstehen. Das zeigt sich auch im breiten Bereich des Handwerks. Ansiedlungs-

2

Standort Hamburg

bemühungen müssen sich daher diesen Bereichen besonders zuwenden.

Hamburg bemüht sich deshalb intensiv, den Ausbau solcher Industriezweige zu fördern, die Güter modernster Technologie produzieren oder anwenden. Dazu gehört auch die am Standort Hamburg bereits starke Mikroelektronik, die Datenverarbeitung und Kommunikationstechnologien ebenso wie beispielsweise neue Werkstoffe, Automatisierungstechnologie oder Meerestechnik und -forschung. Besondere Anstrengungen richtet der Senat auf den Ausbau der molekularbiologischen Forschung an den Hamburger Hochschulen und der Biotechnologie unter staatlicher Sicherheitskontrolle und Auflagen, um kritisch die Folgen zu bedenken. Wir werden zugleich auf Bundesebene auf die Lösung der ungeklärten juristischen und ethischen Probleme dieser neuen Technologien hinwirken und so auch den notwendigen Raum öffentlicher Kontrolle bestimmen. Der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unserer Stadt dient ferner die gezielte Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen. Mit der verstärkten Förderung der Produktion von Umweltschutzgütern vor allem in kleinen und mittleren Hamburger Unternehmen werden die Chancen auf diesem wachsenden Markt zur Sicherung von Arbeitsplätzen wahrgenommen.

In Hamburg sind heute etwa 13 000 Personen in der Luftfahrtindustrie beschäftigt. Dazu gehören ein wesentlicher Teil der Airbus-Produktion und eine bedeutende Luftwerft. Pflege und Förderung der Luftfahrtindustrie haben deshalb für Hamburg Vorrang.

Medienwirtschaft

Die Arbeitsplätze in der Medienwirtschaft sind für Hamburg von besonderer Bedeutung. Hamburg muß alles tun, um auch in Zukunft als Zentrum der gedruckten Medien, des Films und des Fernsehens an der Spitze zu bleiben und die Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sichern.

Information und Kommunikation werden zu einem immer wichtigeren Produktionsfaktor nicht nur der Medienwirtschaft, sondern auch in Industrie, Handwerk, Dienstleistungen, Verkehr und Handel. Wir werden im Rahmen der Standortpolitik den Ausbau Hamburgs zu einem Telekommunikationszentrum fortsetzen.

Es ist also auch aus diesem Grunde wichtig, daß in Hamburg die wissenschaftlich-technischen Bereiche der Kommunikationswirtschaft stärker entwickelt werden. Hierzu gehören die Bereiche der Kommunikationstechnik, der Mikroelektronik, der technischen Verwaltung und der Wiedergabe von Informationen.

Um die Medienwirtschaft zu stärken, wird Hamburg auch

- neue Wege in der Ausbildung für den Medien- und Kommunikationsbereich gehen;
- neue Unternehmen aus diesem Bereich gezielt in die Stadt holen;
- die Filmförderung verstärken;
- den NDR (gemeinsam mit den anderen norddeutschen Bundesländern) in seiner Wettbewerbsfähigkeit stärken;
- gemeinsam mit der Bundespost die technisch notwendigen und gesellschaftlich vertretbaren Infrastrukturmaßnahmen ergreifen.

Hamburg kann – und wird – das Medienzentrum der Bundesrepublik bleiben.

2

Standort Hamburg

Hafen

Hafen und Handel bleiben wichtiger Motor der Hamburger Wirtschaftsentwicklung. Der Hamburger Hafen hat in den vergangenen Jahren seine Wettbewerbsfähigkeit unter schwierigen Bedingungen behauptet. Die gute und schnelle Arbeit der dort Beschäftigten bietet Grund zur Zuversicht auch für die Zukunft. Voraussetzung dafür ist aber eine dauernde Verbesserung der Qualifikation der Arbeitnehmer. Wir werden deshalb die Fortbildung zum Hafenfacharbeiter weiterhin unterstützen. Die technische Entwicklung ist zwar weit fortgeschritten, doch wird sich der technische Wandel noch stärker vollziehen. Dabei werden wir darauf achten, daß die Arbeitsplatzgestaltung menschengerecht erfolgt. Die HHLA muß als hafenpolitisches öffentliches Unternehmen auf eine gesunde Grundlage gestellt und erhalten werden. Angesichts der schwierigen Wettbewerbslage muß allerdings weiterhin auf günstige Kosten geachtet werden. Dazu gehören auch wettbewerbsfähige Hinterlandtarife. Hier ist jetzt die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen, durch die Hamburg und Bremen benachteiligt werden, endlich zu beseitigen. Dabei muß das Ziel weiter verfolgt werden, beim Gütertransport über lange Strecken oder von gefährlichen Stoffen der Bahn den Vorrang vor dem Straßenverkehr einzuräumen.

Die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Hafens, die Sicherung der Gesundheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz im Hafen und die Strukturpolitik für den Hafen werden wir in enger Abstimmung mit den im Hafen tätigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und deren Vertretungen in dem bestehenden gemeinsamen Verwaltungsrat Hafen Hamburg festlegen.

Wir werden die Entwicklung des Hafens zu einem europäischen Umschlags-, Verarbeitungs- und Dienstleistungszentrum fortsetzen. Dazu gehört auch der verstärkte Ausbau von leistungsfähigen Außenhandelszentren. Entsprechende wassernahe Flächen sollen auch für diese neuen Funktionen zur Verfügung gestellt werden. Die Erhaltung unseres Freihafens ist für alle diese Zwecke eine unabdingbare Voraussetzung.

2

Standort Hamburg

Der Bedarf an Hafenflächen für die nächsten Jahrzehnte wird sich nicht mehr so entwickeln, wie noch Anfang der 80er Jahre vorausgesagt wurde. Ein Ausbau der Infrastruktur für weitere Hafenbetriebe soll nur so vorgenommen werden, daß keine überflüssigen Kapazitäten geschaffen werden. Der Hafen muß als eine Einheit betrachtet werden. Deshalb werden wir die Hafenentwicklung den realistischen Bedarfen anpassen. Den betroffenen Bürgern Moorburgs und Francops können wir deswegen im Rahmen langfristiger Flächenvorsorge für die absehbare Zukunft klare Perspektiven für ihre Ortsteile bieten.

Ein besonders schwieriges Problem bleibt die Aufrechterhaltung der notwendigen Wassertiefen im Hafen. In der nächsten Legislaturperiode müssen endlich zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der CSSR Vereinbarungen zur Reinhaltung der Elbe zustande kommen. Ohne solche Schritte wird das Problem des Baggergutes in Hamburg auf Dauer nicht lösbar sein.

Wir werden zugleich neue Wege prüfen, um die oberhalb Hamburgs eingeleiteten Schadstoffe nicht im Hamburger Hafen wie in einer Kläranlage aufzufangen. Hamburg kann eine solche Belastung ohne Hilfen nicht verkraften.

Daneben werden wir weiterhin darauf achten, daß die mit dem Betrieb des Hafens verbundenen Umweltbelastungen vermindert werden. Die an der Elbe ansässige Industrie muß modernste betriebliche Abwasserreinigungstechniken einsetzen. Für die Abfallentsorgung der Schiffe (einschließlich Altöl, Chemikalien usw.) müssen leistungsfähige Entsorgungsanlagen eingerichtet werden.

2

Standort Hamburg

Handel

Die Stärke unserer Stadt in ihren internationalen Verbindungen des Außenhandels werden wir weiter fördern. Die Ansiedlung weiterer Außenhandelszentren, die Entwicklung der Messe und des Kongreßwesens werden auch gestärkt durch die wissenschaftlichen Einrichtungen, die Informationen über die Entwicklung der Handelspartner vermitteln und in ihren Sprachen ausbilden. Die verstärkte Förderung dieser Einrichtungen ist deshalb eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Stadt. Das gilt auch für die Ländervereine, die einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen leisten.

Eine besondere Sorge bereitet uns die Entwicklung im Einzelhandel, insbesondere die Konzentration des Umsatzes auf wenige große Unternehmen und die Entwicklung sogenannter „grauer Märkte“. Hierunter leidet die Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Es kommt darauf an, Wettbewerbsnachteile für kleinere und mittlere Einzelhandelsgeschäfte zu vermeiden, ihre Ertragskraft zu stärken und ihnen den Anpassungsprozeß an die veränderte Einkaufsgewohnheit zu erleichtern. Wir werden dies insbesondere bei der Stadtplanungs- und Ansiedlungspolitik berücksichtigen. Die Entstehung „grauer Märkte“ ist zu verhindern.

Öffentliche Unternehmen

Hamburg verfügt mit seinen öffentlichen Unternehmen über ein differenziertes Instrumentarium zur Umsetzung seiner Politik – von der Wohnungswirtschaft bis zur Energiepolitik. Sie bündeln eine beachtliche Wirtschaftskraft und sichern eine hohe Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen in sozialer Verantwortung. Hamburgs öffentliche Unternehmen sollen

- die Humanisierung der Arbeitsplätze weiter voranbringen; dazu werden die Unternehmen eng mit dem neuen Zentrum zur Humanisierung des Arbeitslebens zusammenarbeiten;
- neue Technologien und elektronische Datenverarbeitung einsetzen und sozial verträglich gestalten;
- aus arbeitsmarktpolitischen Gründen der Arbeitszeitverkürzung Priorität einräumen und die Unternehmen für Ausbildungsprogramme und den Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes einsetzen; dabei sind Mädchen und Frauen besonders zu berücksichtigen;
- den Mehrarbeitsumfang konsequent einschränken und Regelungen einführen, damit Überstunden zwingend durch Freizeit ausgeglichen werden;
- den notwendigen Umstrukturierungsprozeß in der Hamburger Industrie unterstützen und Arbeitsplätze durch Erschließung neuer Marktchancen, z. B. im Umweltschutz sicherstellen; hierzu kommt auch die Initiierung einer Hamburger Gesellschaft für Energie- und Umwelttechnik in Betracht, wie sie von der IG-Metall vorgeschlagen worden ist;
- die Investitionen regionalwirtschaftlich ausrichten.

2

Standort Hamburg

Verkehr

Wichtige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt werden durch die Verkehrspolitik gesetzt. Wir werden daher in den kommenden Jahren

- den Ausbau durch Modernisierung des Flughafens auf dem bestehenden Gelände konsequent vorantreiben und seine verkehrsmäßige Anbindung unter anderem durch die geplante Umgehung Fuhlsbüttel und einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs verbessern; dabei werden wir zugleich den Lärmschutz für die betroffenen Stadtteile verstärken und neue technische Entwicklungen, die den Fluglärm und die Luftverschmutzung auf dem Boden wie in der Luft verringern, ständig auf ihre Anwendbarkeit für den Flughafen Fuhlsbüttel überprüfen und im Sinne einer Bekämpfung der Umweltbelastung bereits an der Quelle einsetzen;
- die Realisierung der vierten Elbtunnelröhre nachdrücklich betreiben; dabei werden wir den Lärmschutz an der Autobahn in den angrenzenden Stadtteilen verstärken und prüfen, inwieweit eine Filterung der Tunnelabluft möglich und realisierbar ist;
- auf den zügigen Bau der geplanten neuen Güterbahnverbindung zum Hafengebiet hinwirken; dabei werden wir den betroffenen Stadtteilen mit Lärmschutzmaßnahmen helfen;
- sicherstellen, daß die Bundesbahnverbindungen noch weiter verbessert werden und Hamburg in das neue Verkehrssystem der ICE-Hochgeschwindigkeitszüge voll einbezogen wird.

Nur durch exzellente Verkehrsverbindungen und den Ausbau der Telekommunikation können die Nachteile der geografischen Lage Hamburgs ausgeglichen werden.

2

Standort Hamburg

Energie

Ein wichtiger Faktor für den Standort Hamburg ist auch die richtige Energiepolitik.

Wir Hamburger Sozialdemokraten bekennen uns zu unserer Verantwortung für die energiepolitischen Strukturentscheidungen der 60er und 70er Jahre.

In der Diskussion über das Kernkraftwerk Brokdorf 1981/82 haben wir unsere Zweifel an den prognostizierten Stromzuwachsrate und unsere generellen Vorbehalte gegenüber der Kernenergie wegen der trotz hoher Sicherheitsstandards unvermeidbaren Risiken formuliert. Für die SPD können Kernkraftwerke daher nur als Übergangstechnologie akzeptiert werden.

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ist ein historischer Einschnitt, der uns veranlaßt hat, den Übergang von der Kernspaltung zu einer sanften Energieversorgung mit Nachdruck zu planen und die Konsequenzen entscheidbar zu machen.

2

Standort Hamburg

Ausstieg

Der Ausstieg muß jetzt zeitlich befristet und schlüssige Antworten auf die Frage nach den Alternativen müssen gefunden werden.

Wir Hamburger Sozialdemokraten fordern deshalb

- eine grundsätzliche Ausrichtung der bundesdeutschen Energiepolitik auf Stromversorgung ohne Kernenergie,
- eine gründliche Überprüfung der Sicherheit der um Hamburg betriebenen Kernkraftwerke, um deren weitere Nutzung für eine Übergangszeit beurteilbar zu machen,
- konkrete zeitbezogene Planungen für einen Ausstieg der Bundesrepublik und Hamburgs aus der Kernenergie,
- eine Politik der Bundesrepublik Deutschland, die das Ziel einer sicheren Energieversorgung ohne Kernenergie europäisch und weltweit realisierbar macht.

Eine Umkehr in der Energiepolitik bedeutet für uns zunächst eine sofortige Verabschiedung von der großtechnischen, kommerziellen Plutoniumwirtschaft.

Wir lehnen den Einstieg in die Technologie schneller Brutreaktoren ab, wie sie gegenwärtig in Kalkar und Wackersdorf vorbereitet wird. Wir streben eine Änderung des Atomgesetzes an, mit der die direkte Endlagerung verbrauchter Kernbrennstäbe vorgeschrieben wird.

Darüber hinaus kann angesichts der Struktur der Energieversorgungsunternehmen ein völliger Ausstieg aus der Kernenergie nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. Wir fordern daher eine Novellierung des Atomgesetzes, durch welche der Weiterbetrieb aller Kernkraftwerke befristet wird und die Lasten des Ausstiegs gerecht verteilt werden, auch zwischen den Energieversorgungsunternehmen. Dadurch soll ermöglicht werden, neue Betriebsgenehmigungen nicht zu erteilen.

2

Standort Hamburg

Es muß sichergestellt sein, daß nach menschlichem Ermessen keine Gefährdung Hamburgs von den derzeit noch betriebenen Kernkraftwerken ausgehen kann. Unsere Forderung ist: Sicherheit hat Vorrang vor Wirtschaftlichkeit!

Wir fordern daher eine erneute eingehende Überprüfung der Sicherheitsstandards von Stade, Brunsbüttel und Krümmel bis zum Jahresende. Hierbei sind auch diejenigen Kritiker miteinzubeziehen, die die Sicherheit einzelner Kernkraftwerke in Frage stellen. Die Überprüfung von Stade muß die Frage der Versprödung miteinbeziehen, die zuletzt vor drei Jahren untersucht wurde. Zu diesem Zweck muß der Reaktor stillgelegt werden. Nach Vorlage der Gutachten muß entschieden werden, ob die Kernkraftwerke noch für eine Übergangszeit verantwortet werden können oder sofortige Stilllegungen einzelner Kraftwerke erforderlich sind.

Bei einem Anteil von derzeit 74 Prozent Kernenergie an der Stromerzeugung für Hamburg ist ein sofortiger völliger Verzicht auf Kernkraftkapazitäten für uns keine realisierbare Möglichkeit. Notwendig ist vielmehr die konkrete zeitbezogene Planung von Schritten, wie wir Kernkraft durch andere Energieträger ersetzen können. Ziel muß es sein, uns auf die schnellstmögliche Weise von der Kernenergie unabhängig zu machen. Ein sozialdemokratisch geführter Senat wird in der ersten Hälfte der nächsten Legislaturperiode ein solide durchgeplantes Ausstiegsszenario vorlegen.

2

Standort Hamburg

Eckpunkte

Grundlage der Umstrukturierung der Energieversorgung müssen folgende Ansätze sein:

- Die wichtigste, noch unzulänglich erschlossene Energiequelle ist die Energieeinsparung. So lassen sich allein im Bereich der Gebäudeisolierung weitere Einsparungen von über 30 Prozent bis zum Jahre 2000 erzielen. Die SPD wird daher ein hamburgisches Programm zur Beschleunigung wärmedämmender Maßnahmen im Mietwohnungsbestand schaffen.
- Der Primärenergieeinsatz muß weiter nach dem Prinzip der Wärme-Kraft-Kopplung effektiviert werden. Hierzu ist das schon heute größte Fernwärmenetz in der Bundesrepublik in möglichst kurzen Fristen auf den Anschluß von 330 000 Wohneinheiten auszubauen. Wir treten ferner für die Schaffung neuer Stromkapazitäten durch den Bau dezentraler gasbetriebener Blockheizkraftwerke ein, mit denen gleichzeitig die Wärmeversorgung besser dem Bedarf in einzelnen Stadtgebieten angepaßt werden kann.
- Die Kohle muß für die Stromerzeugung auch im Grundlastbereich wieder ein stärkeres Gewicht erhalten. Das bedingt die Reaktivierung vorsorglich bereitgehaltener Kraftwerksstandorte in Übereinstimmung mit dem umweltpolitischen Konzept des Senats, – so insbesondere der erst kürzlich zurückgestellte Standort Haferweg – und die Kapazitätserweiterung vorhandener bzw. zu erneuernder Kraftwerke.

3

Ausbildung

3. Eine gute Ausbildung ist die beste Zukunftssicherung

Ein demokratisches Gemeinwesen braucht freie und verantwortungsbereite junge Menschen, die ihren Weg in das Leben im Bewußtsein dieser Verantwortung antreten. Unsere Bildungseinrichtungen sollen zur Erziehung solcher Menschen beitragen.

Von jeher haben wir dafür gekämpft, daß alle Schichten unseres Volkes die Möglichkeit für eine gute Bildung und eine zukunftssichernde Ausbildung bekommen. Denn Wissen ist eine unentbehrliche Grundlage für ein Leben in Selbstbestimmung und für die Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Geschehen.

Wir wissen aber auch, daß die Jugendzeit nicht nur darin bestehen darf, für das spätere Arbeitsleben zu lernen. Das Verstehen der Welt, Spaß am Sport, Freude an den Künsten und der Natur sind wichtige Erziehungsziele im Aufwachsen der jungen Menschen in unserer Stadt. Deshalb werden wir auch die musische Erziehung in Hamburg weiter stärken. Alle Kinder müssen diese Chance haben.

Schule

Die Zustimmung, die integrierte Gesamtschulen bei Eltern und Schülern gefunden haben, und ihre erfolgreiche Arbeit ermutigen uns, unter Wahrung des Elternrechts auf diesem Weg fortzuschreiten. Denn in unserem Schulwesen soll nicht Auslese stattfinden, sondern es sollen Kinder aller Bevölkerungsschichten, Nationen und Begabungen durch gemeinsamen Unterricht und gemeinsame Erziehung in ihrer Entwicklung gefördert werden. Gleiche Chancen in diesem Sinne sind kein Widerspruch zu Qualifikation.

Zur Erfüllung der heutigen beruflichen Notwendigkeiten muß in allen Schulformen die vorberufliche Bildung zu einem umfas-

3

Ausbildung

senden Angebot ausgebaut werden. Dazu gehören Arbeitslehre, Berufsorientierung und Betriebspraktika als selbstverständliche Bildungsangebote für alle Hamburger Jugendlichen. So wird der schwierige Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung leichter.

Um die jungen Menschen auf die besonderen Herausforderungen vorzubereiten, welche die neuen Informations- und Kommunikationstechniken insbesondere im späteren Arbeitsleben mit sich bringen, werden künftig alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen mit den Grundlagen sowie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der neuen Techniken vertraut gemacht. Die Lehrpläne für Abiturienten und Berufsschüler sollen durch informationstheoretische und -technische Fachschwerpunkte ergänzt werden. Zugleich soll die Kritikfähigkeit gegenüber den Medien entwickelt und gestärkt werden. Durch qualifizierte Lehrerfortbildung muß die Schule selbst Kompetenz für neue Technologien, ihre Anwendung und Auswirkungen gewinnen.

Die heranwachsende Hamburger Jugend soll sich durch besondere Weltoffenheit und die Fähigkeit auszeichnen, Beziehungen zum Ausland zu pflegen. Hier werden wir weitere Akzente setzen, zum Beispiel durch ein nochmals erweitertes Fremdsprachenangebot.

Mit dem Ziel einer nachhaltigen Reduzierung der Stofffülle werden die Lehrpläne überarbeitet. Parallel dazu wird die Lehrerfortbildung verstärkt.

Das 10. Schuljahr in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen einschließlich der durch die Neufassung des Schulgesetzes von 1985 vorgesehenen Eingangsstufe wird zügig ausgebaut.

3

Ausbildung

Berufsausbildung

Hamburgs Spitzenstellung in Angebot und Ausstattung beruflicher Schulen wird in allen Berufsfeldern gesichert. Durch gezielte Einstellungen in diesem Bereich werden wir den heute noch bestehenden Lehrermangel beseitigen. Dadurch werden zugleich fachspezifische Engpässe abgebaut.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Wir erwarten deshalb von der Hamburger Wirtschaft, daß sie ihre Ausbildungsanstrengungen weiter verstärkt, damit die Einführung einer Berufsausbildungsplatzabgabe nicht erwogen werden muß. Sie muß hier ihrer Verantwortung so gerecht werden, daß der Einsatz von Steuermitteln für zusätzliche betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsplätze entbehrlich wird. Dabei sollten Angebote vor allem in zukunftsorientierten Berufen gefördert werden.

Um jedoch auch den Jugendlichen, denen die Wirtschaft keine Ausbildungsplätze anbietet, eine Ausbildungschance einzuräumen, werden wir auch künftig mit Senatsprogrammen zur Ergänzung der Lehrstellenangebote der Wirtschaft eintreten und entsprechend dem neuen Schulgesetz die Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplätze beseitigen.

Hochschulen

Das Land Hamburg hat erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen, um den Bereich Wissenschaft und Forschung zu fördern und um die Ausbildungskapazität der Hamburger Hochschulen zu erhöhen. Hamburg ist das Wissenschaftszentrum in Norddeutschland. Hamburg hat damit in finanzieller Hinsicht weit mehr geleistet als die anderen Bundesländer. Sozialdemokratische Hochschulpolitik soll weiter ihren Beitrag leisten; sie soll einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung der jungen Generation gewährleisten.

Die Hamburger Hochschulen haben neben ihren klassischen

3

Ausbildung

Aufgaben in der Forschung und insbesondere den großen Anstrengungen in der Ausbildung von Studenten in den letzten Jahren auch eine zunehmend wichtige Rolle bei der ökonomischen und ökologischen Modernisierung Hamburgs gespielt. Ihre Bedeutung auch für die Arbeitsplätze wird wachsen. Im Bereich der technischen Wissenschaften hat Hamburg noch Nachholbedarf.

Forschen

Forschung, Lehre und Studium sind auch wesentliche Bestandteile der geistigen Entwicklung Hamburgs. Nach einer Phase besonderer Ausbildungsanstrengungen müssen dringend bessere Bedingungen an den Hochschulen eintreten, wenn in den 90er Jahren die Studentenzahlen zurückgehen.

Das eröffnet die Möglichkeit, neue wichtige Fragen aus der Gesellschaft aufzugreifen und Beiträge der Wissenschaft zu ihrer Lösung zu erarbeiten.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Freiheit der Wissenschaft immer zugleich auch eine Mitverantwortung für die Folgen dieser Freiheit. In diesem Sinne wird es darauf ankommen, Hamburg als führendes Wissenschafts- und Forschungszentrum weiter auszubauen.

Hamburg wird und kann seine Hochschulpolitik, die in den vergangenen Jahren zwangsläufig eher von quantitativen Gesichtspunkten bestimmt war, künftig wieder stärker auf qualitative Gesichtspunkte ausrichten. Hierfür wird ein Strukturentwicklungsplan für Hochschulen vorgelegt werden.

Es wird dabei darauf ankommen, Wissenschaftlern in Hamburg noch attraktivere Forschungs- und Arbeitsbedingungen zu sichern, um Spitzenkräfte zu gewinnen, die entsprechende Leistungen erbringen.

3

Ausbildung

Zu diesem Zwecke wollen wir

- die Leistungskraft der Hamburger Hochschulen weiter erhöhen;
- den Ausbau von zukunftsorientierten Schwerpunkten an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen voranbringen;
- die Studienreform vorantreiben, um die Berufschancen der Studierenden zu verbessern;
- den Ausbau der Technischen Universität Hamburg-Harburg in Schwerpunkten beschleunigen und insgesamt fortsetzen;
- neue Wege für eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft (Arbeitgeber und Gewerkschaften) und Staat an den Hochschulen und außerhalb der Hochschulen schaffen; in diesem Zusammenhang werden verstärkte Bemühungen um die Gründung von Stiftungsprofessuren angestellt werden;
- Wissenschaftlern mit besonderer Qualifikation besondere Forschungsmöglichkeiten geben; dazu soll es in Zukunft möglich gemacht werden, Forschungs- und Lehraufgaben innerhalb einer Hochschule unterschiedlich zu verteilen;
- die Gründung neuer Institute vorantreiben;
- den Geisteswissenschaften durch verstärkte interdisziplinäre Arbeit neue Impulse geben.

Um angesichts knapper Mittel eine sachgemäße und effiziente Konzentration der wissenschaftlichen Möglichkeiten auf besonders attraktive Zukunftsgebiete zu erreichen, werden Beratergruppen aus der Wissenschaft, Wirtschaft (Gewerkschaften und Kammern) und Verwaltung in einem ständigen Gremium zusam-

3

Ausbildung

mengefaßt, das unter Vorsitz des Ersten Bürgermeisters über die Schwerpunkte beraten und Empfehlungen an Senat und Bürgerschaft geben wird.

Wir Hamburger Sozialdemokraten werden das Unsere tun, damit die von der konservativen Mehrheit im Bundestag und Bundesrat beschlossene demokratiefeindliche Novelle des Hochschulrahmengesetzes nach der Bundestagswahl 1987 von einer SPD-Bundesregierung rückgängig gemacht wird. Es wird deshalb auch keine vorschnelle Anpassung des Hamburger Hochschulgesetzes geben.

Weiter lernen

Für die Motivation in Schulen, Berufsbildung und Hochschulen ist es zwingend erforderlich, daß sich nach einer qualifizierten Ausbildung und erfolgreicher Abschlußprüfung auch eine Berufschance eröffnet. Die erste berufliche Erfahrung der jungen Menschen darf nicht darin bestehen, an den Rand gedrängt zu werden und sich überflüssig vorzukommen. Dies zu erreichen, müssen wir auch den Mut zu den beschriebenen neuen Wegen der Arbeitsmarktpolitik haben.

Schneller Strukturwandel läßt zwangsläufig Wissen schneller „veralten“. Der Ausbau der Weiterbildung und eine ständige Qualifizierung von Arbeitnehmern auf breiter Front ist deswegen ein wesentlicher Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode. Diese Aufgabe ist aber nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Senat möglich. Wir werden dazu ein mittelfristiges Programm für ein Verbundsystem Weiterbildung vorlegen.

Weiterbildung soll und kann nicht verstaatlicht werden. Aber staatliche Bildungseinrichtungen haben eine wichtige Rolle in einem Gesamtkonzept zur Weiterbildung zu übernehmen. Das betrifft besonders die Hochschulen und Volkshochschulen.

3

Ausbildung

Die Hochschulen müssen sich nicht nur angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Studenten zurückgehen wird, öffnen für Weiterbildung, auch mit Kursen für Arbeitnehmer.

Eine maßgebliche Rolle bei dieser Qualifizierungsoffensive kommt auch der Hamburger Volkshochschule zu. Wir werden ihr Angebot, insbesondere bei den Tageskursen, erweitern. Die Volkshochschule muß für breite Kreise der Bevölkerung, auch durch angemessene Gebühren, attraktiv bleiben.

Die Einrichtungen zur Qualifizierung erwerbsloser Arbeitnehmer, z. B. die Stiftung Berufliche Bildung – Arbeitslosenbildungswerk sollen durch Ausbau der Kapazitäten, durch Erweiterung ihrer Angebotspalette in zukunftssichernden Berufen und durch Verbesserung ihrer Methoden noch effektiver werden. Dabei müssen gewerbliche Arbeitnehmer, Frauen und längerfristig erwerbslose Jugendliche angesichts ihrer besonders bedrängten Lage auf dem Arbeitsmarkt vorrangig neue Chancen erhalten.

4

Kultur für alle

4. Kulturmetropole Hamburg – Kultur für alle

Die Anziehungskraft und die Ausstrahlung einer Metropole wird auch von ihrem kulturellen Leben bestimmt. Es ist wichtig, daß Wissenschaftler und Künstler, Schriftsteller und Journalisten sich in unserer Stadt wohlfühlen und hier produktiv arbeiten können.

Hamburg hat in dieser Beziehung heute außerordentlich viel zu bieten. Das Angebot an staatlichen und privaten Bühnen, Museen, Musik und kulturellen Aktivitäten in den Stadtteilen ist besonders vielfältig.

Und auch außerhalb der Innenstadt sind die kulturellen Aspekte interessant. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, daß das kulturelle Angebot in den Stadtteilen weiter ausgebaut wird. Wir werden bisher eher benachteiligte Bereiche, wie z. B. die bildenden Künste, die Literatur, den Film (kommunales Kino) besonders fördern. Wir stärken damit auch die Bereitschaft zu einem aktiven und kreativen Leben. Dies ist wichtig, wenn verhindert werden soll, daß Gruppen unserer Gesellschaft in Isolation oder Passivität abgedrängt werden.

4

Kultur für alle

Ziele

So wird es nach unserer Auffassung auch in der kommenden Legislaturperiode darauf ankommen, drei kulturpolitische Ziele miteinander zu verbinden:

- die Aufrechterhaltung der Qualität der großen Kultureinrichtungen in Hamburg;
- die Öffnung dieser Kultureinrichtungen für möglichst viele Menschen;
- die Fortentwicklung von Ansätzen einer „aktiven“ Kultur der Bewohner unserer Stadt im Sinne des Konzeptes der Stadtteilkultur, auch durch einen breiteren Ansatz der Hamburger Bücherhallen.

Neue Kultur-Räume

In bestimmten Bereichen werden wir in der kommenden Legislaturperiode das Kulturangebot in Hamburg erweitern:

So werden wir in den nächsten Jahren in Barmbek das Museum der Arbeit ausbauen, das dem Besucher ein anschauliches Bild vermittelt von historischen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, von der Mühe schwerer Arbeit wie vom Stolz auf das Geleistete.

Umgebaut und ausgebaut wird die Museumsinsel am Hauptbahnhof, um städtebauliche Fehler der Vergangenheit zu beseitigen und attraktive Ausstellungsmöglichkeiten zu schaffen. In diesem Zusammenhang werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, bestehende Sammlungen zeitgenössischer Kunst auch für Hamburg zu gewinnen. Wenn es gelingt, hier einen entscheidenden Schritt zu tun, werden die dafür erforderlichen Ausstellungsräume von staatlicher Seite geschaffen werden.

Hamburg hat in den letzten Jahren eine besonders erfolgreiche

4

Kultur für alle

Filmförderungspolitik begonnen, die energisch weiter ausgebaut werden soll, damit sich Film und Kino als wesentliche kulturelle Leistungen unseres Jahrhunderts weiter entwickeln können.

Die erfolgreichen Ansätze einer Denkmalschutzpolitik für die Großstadt werden wir ausbauen. Damit werden wir neben den traditionellen Aufgaben der Denkmalpflege auch die Bauten der Arbeits-, Verkehrs- und Technikgeschichte erhalten.

Wichtig ist es ebenfalls, daß Hamburg kulturellen und sportlichen Großereignissen einen angemessenen Platz anbieten kann. Wir werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode das Ziel verfolgen, die finanziellen und planerischen Voraussetzungen für die Errichtung einer großen Mehrzweckhalle zu schaffen. Wir werden den Ausbau der sportlichen Leistungszentren mit überregionalem Einzugsbereich fortsetzen und die Vereine und Verbände darin unterstützen, international bedeutsame Sportveranstaltungen nach Hamburg zu holen.

Die Realisierung dieser Vorhaben wird mehr als eine Legislaturperiode in Anspruch nehmen.

Seit 1978 haben die Hamburger Sozialdemokraten mit dem Motto „Kultur für alle“ der Kulturpolitik neue Impulse gegeben. Kulturpolitik als Teil aktiver Gesellschaftspolitik und produktiver Investition in die Zukunft werden wir konsequent und stetig fortsetzen.

5

Gleich- berechtigung

5. Die Gleichberechtigung weiter voranbringen

Der Kampf um die Verwirklichung gleicher Rechte für alle Menschen ist das eigentliche Leitmotiv der Sozialdemokratie in ihrer ganzen Geschichte. Und das heißt und hieß immer auch: Gleiche Rechte für Frauen und Männer.

In Hamburg wurde auf diesem Feld vielfach schon Fortschrittliches geleistet: Mit der Finanzierung von Frauenhäusern, in denen Frauen Schutz vor Gewalt finden; mit zahlreichen anderen Frauenprojekten; mit der Einrichtung einer Gleichstellungsstelle für Frauen auf Senatsebene; mit einer verbindlichen Richtlinie zur Förderung von Frauen im Öffentlichen Dienst; aber auch mit zahlreichen gesetzlichen Initiativen auf Bundesebene.

Dabei wissen wir: Auf dem Weg zu wirklicher Gleichberechtigung bleibt noch viel zu tun, zumal gerade Frauen die Opfer der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik und des fortschreitenden Sozialabbaus dieser Bundesregierung sind.

Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist keine politische Einzelaufgabe. Sie muß in allen politischen Initiativen und Handlungen enthalten sein:

Mehr Frauen

Politik für Frauen wird es nur dann wirklich geben, wenn Frauen selbst an maßgeblicher Stelle dabei sind. Deshalb werden in der nächsten SPD-Bürgerschaftsfraktion sehr viel mehr Frauen mitwirken als bisher.

Wir werden die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Familie schaffen. Die Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie ist ein wesentlicher Auftrag für die Politik.

5

Gleich- berechtigung

Mehr für Frauen

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise entscheidet sich die Frage wirklicher Gleichberechtigung auch daran, wie für Frauen das Recht auf Ausbildung und Arbeit durchgesetzt wird. Die Rationalisierungen und neuen Kommunikationstechnologien bedrohen auch Frauen mit dem Verlust von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Deshalb werden wir folgende Initiativen ergreifen:

- bei den Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen des Senats die Interessen und Probleme der Mädchen besonders berücksichtigen; die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen werden wir noch verstärken und verbessern;
- beim Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes verstärkt Frauen insbesondere in solchen Tätigkeitsbereichen berücksichtigen, in denen die Frauenarbeitslosigkeit besonders hoch ist;
- spezielle Programme zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen einrichten, die für einige Jahre aus dem Beruf ausgeschieden sind, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen;
- durch gezielte Informationen und Beratung Frauen unterstützen, die einen eigenen Betrieb gründen wollen;
- spezielle Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen zu entwickeln, in denen vorwiegend Frauen arbeiten;
- den Anteil der Frauen in qualifizierten und leitenden Positionen im öffentlichen Dienst weiter erhöhen; das gleiche gilt für die öffentlichen Unternehmen; für diese werden Gleichstellungsrichtlinien und Frauenförderungspläne aufgestellt werden;
- uns weiter auf Bundesebene dafür einsetzen, daß auch diejenigen Frauen der älteren Generation, die unsere Stadt nach dem Kriege wieder aufgebaut haben, eine gleichberechtigte Alterssicherung erhalten.

5

Gleich- berechtigung

Hilfe

Familienergänzende Betreuungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag, um Benachteiligungen von Frauen abzubauen.

Für viele, insbesondere für alleinerziehende Mütter ist es zur Sicherung ihrer Existenz geradezu unumgänglich, das Angebot öffentlicher Erziehung wahrzunehmen.

Wir verfolgen daher weiterhin das Ziel, eine bedarfsgerechte Zahl von Plätzen in Krippen und Kindergärten anzubieten, und werden dafür sorgen, daß in Kindertagesheimen auch künftig nur angemessene und soziale Gebühren erhoben werden.

Im Interesse von Eltern und Kindern werden wir darauf achten, daß eine optimale Qualität der Betreuung gesichert wird. Die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder müssen gewährleistet und die Integration behinderter Kinder und ausländischer Kinder weiter vorgebracht werden.

6

Soziale Gerechtigkeit

6. Die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ist oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik

Verschärfter Leistungswettbewerb droht auch in der Bundesrepublik eine „Zweidrittel-Gesellschaft“ entstehen zu lassen. Eine Gesellschaft nämlich, in der die Erfolgreichen und Leistungsfähigen immer bessere und die anderen immer schlechtere Lebensbedingungen zu erwarten haben. Der technologische Wandel hat in der Arbeitswelt in Teilbereichen zwar zu einem Abbau gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen geführt, dennoch ist die Bilanz der Betriebsunfälle, Berufskrankheiten und Frühverrentungen nach wie vor besorgniserregend; jeder Zweite scheidet wegen Frühinvalidität aus dem Arbeitsleben aus. Aber es sind auch neue Risiken und Belastungen für Arbeitnehmer entstanden. Die Zahl der arbeitsbedingten Erkrankungen nimmt zu. Deshalb fordern Sozialdemokraten eine humane Ausgestaltung auch der Arbeitsplätze, an denen durch neue Techniken bisher unbekannte Belastungen und Gefährdungen entstehen. Es darf einfach nicht sein, daß in einer wohlhabenden Gesellschaft viele Arbeitnehmer durch ihre Tätigkeit körperlich und seelisch kaputtgemacht werden. Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf menschenwürdige Arbeitsverhältnisse. Auch die Arbeitswelt muß an den Menschenrechtsgarantien des Grundgesetzes gemessen werden. Deshalb sind die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die körperliche Unversehrtheit des einzelnen unverzichtbare Rechte des Arbeitnehmers.

Wir werden dafür sorgen, daß die Einhaltung der bestehenden Arbeitsschutzgesetze in den Betrieben und Verwaltungen besser überwacht wird. Die Anstrengungen in der Bekämpfung illegaler Beschäftigung werden wir mit dem Ziel erhöhen, ein Verbot der Leiharbeit zu erreichen.

Menschlich arbeiten

Als nächster großer Schritt zu menschlichen Arbeitsbedingungen wird in Hamburg ein Zentrum zur Humanisierung des Arbeitslebens eingerichtet. Es soll die Umsetzung der vorliegenden Forschungsergebnisse zur Humanisierung der Arbeitswelt durch branchen- und betriebsbezogene Projekte in Hamburg anregen und auf der Grundlage einer systematischen Analyse von Belastungssituationen im Arbeitsleben weiterführende Forschungen für eine menschengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen in Gang setzen.

Außerdem werden wir das Forschungsfeld des Zentralinstitutes für Arbeitsmedizin der Gesundheitsbehörde ausweiten. Neben dem bisher vorhandenen toxikologisch orientierten Forschungsansatz wird künftig als weiterer Schwerpunkt am Institut die Forschung arbeitsorganisatorischer und durch die technologische Entwicklung bedingter Gesundheitsschädigungen eingerichtet. Im Rahmen unserer Humanisierungspolitik soll besonderes Gewicht darauf gelegt werden, Verfahren herauszuarbeiten, die sicherstellen, daß die Einführung neuer Technologien in Betrieben und Verwaltungen

- durch weitgehende und frühestmögliche Arbeitnehmerbeteiligung an Planung und Durchführung sozialverträglich gestaltet wird;
- durch Einbeziehung der Erfahrung der Betroffenen Arbeitsplätze so gestaltet werden, daß sie inhaltlich interessant und von stumpfsinnigen Teilabläufen befreit werden und die Qualifikation der Arbeitnehmer erhalten bleibt;
- zur Förderung der Kreativität, der Motivation und der Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen geeignet ist.

6

Soziale Gerechtigkeit

Schwache schützen

Für Hamburg bleibt es zentrale Aufgabe der Politik, die Schwächeren vor den Folgen eines verschärften Wettbewerbs zu schützen und ihnen ein Leben in Würde und frei von Not zu ermöglichen.

Es gilt, Mittel und Wege zu finden, auch minderqualifizierten Arbeitnehmern eine gute Chance auf einen ausfüllenden Arbeitsplatz zu geben.

Drei Bevölkerungsgruppen sind es, die dabei besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: Arbeitslose, Behinderte und ältere Menschen mit unzureichender Alterssicherung.

Arbeitslose

Für Sozialdemokraten ist Arbeitslosigkeit nicht hinnehmbar. Denn wir wissen, was arbeitslos zu sein für jeden einzelnen bedeutet. Deshalb werden wir neben unseren Initiativen für eine aktive Beschäftigungspolitik und den Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes, *solange noch Arbeitslosigkeit besteht*, auch Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen verstärkt fördern.

6

Soziale Gerechtigkeit

Behinderte

Für die Behinderten wollen wir die Einbeziehung in die Gesellschaft. Sie dürfen nicht abseits stehen. Das gilt für das Wohnen ebenso wie für Schule, Beruf, Sport und Freizeit.

Deswegen werden wir in der kommenden Legislaturperiode

- die Spezialeinrichtungen für die Kindergärten abbauen und auch in Schule und Ausbildung die Möglichkeiten der Integration in die regulären Einrichtungen verbreitern;
- eine behindertengerechte Gestaltung der städtischen Umwelt energisch fördern;
- Arbeitsplätze für Behinderte am allgemeinen Arbeitsmarkt sichern und schaffen und die Werkstätten für Behinderte bedarfsgerecht ausbauen.

Ältere Menschen

Wir müssen erhebliche Anstrengungen unternehmen, um auch in Zukunft den älteren Mitbürgern ein angemessenes Auskommen zu garantieren. Wir sollten aber auch erneut nachdenken über das Zusammenleben der Generationen und über die organisatorischen Fragen, die für das Leben der Älteren entscheidend sein können.

Dabei ist völlig klar: die Probleme der Älteren dürfen nicht allein dem Staat überlassen werden. Die Familien tragen hier ein hohes Maß an Eigenverantwortung. Die Sorge für betreuungsbedürftige Familienmitglieder darf dabei auf keinen Fall einseitig zu Lasten der Frauen gehen.

Unsere Anstrengungen wollen wir richten auf

- den zügigen flächendeckenden Ausbau des Netzes der Sozialstationen bis 1989, so daß sich weniger ältere Men-

6

Soziale Gerechtigkeit

schen in unserer Stadt aus ihrer gewohnten Umgebung lösen müssen, nur weil sie nicht mehr ganz auf sich allein gestellt leben können;

- die kulturelle und sportliche Beteiligung der älteren Menschen, damit ihr Alltag leichter und erfreulicher wird. Gerade wer sein ganzes Leben hart gearbeitet hat, kann erwarten, daß er nicht in eine freudlose Isolation abgeschoben wird;
- eine verbesserte medizinische Versorgung älterer Menschen durch spezielle Rehabilitations- und Nachsorgeeinrichtungen, um so den Bedürfnissen dieser Patienten stärker gerecht werden zu können;
- die verbesserte personelle Ausstattung in Pflegeheimen, damit den Menschen, die stationäre Hilfe brauchen, das Schicksal der Pflegebedürftigkeit und damit verbundene Hilflosigkeit und Abhängigkeit erträglicher wird.

Dabei können wir in Hamburg auf wertvolle Erfahrungen in der Wahrnehmung der Interessen von älteren Menschen zurückgreifen. Die in unserer Stadt tätigen Seniorenbeiräte leisten vorzügliche Arbeit, die wir weiter nach Kräften unterstützen wollen.

7

Umweltschutz

7. Umweltschutz ist Lebensschutz und Sicherung unserer Zukunft

Am traditionellen Industriestandort Hamburg hat sich das Spannungsverhältnis zwischen industrieller Fertigung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Struktur insbesondere der Verarbeitungsindustrie, aber auch durch die geringe räumliche Ausdehnung der Stadt besonders intensiv ausgewirkt. Die aus der industriellen Produktion folgenden Umweltbelastungen sind daher bei uns früher und schärfer in das Bewußtsein getreten als anderswo.

Hamburg hat umweltpolitisch während der letzten Jahre sichtbare Fortschritte gemacht. Die Erfolge beim Schadstoffausstoß (Emissionen) und bei der Sanierung von Altlasten (auch bei Bodenbelastungen und Deponien) sind auf eine konsequente Durchsetzung richtiger Maßstäbe zurückzuführen. Diese Politik werden wir konsequent vorantreiben.

Schwerpunkte

Zur Fortsetzung unserer erfolgreichen Arbeit haben wir folgende Schwerpunkte gesetzt:

- die Elbe wird sauberer werden, denn mit der Inbetriebnahme des Klärwerkes Dradenau wird die Belastung der Elbe durch sauerstoffzehrende Stoffe aus Hamburg auf ein Zehntel reduziert werden. Verhandlungen der Bundesregierung mit der CSSR und DDR müssen zur zügigen Reduzierung der dort verursachten Elbverschmutzungen führen;
- wir werden durch weiteren Sammlerbau, Sielbaumaßnahmen und die Begrünung und Renaturisierung der Ufer- und Flachwasserzonen die Alster so weit sanieren, daß man spätestens zum Ende des Jahrhunderts in der Alster wieder baden kann;

7

Umweltschutz

- den Ausstoß schädlicher Stoffe, Geräusch- und Geruchsbelästigungen bei öffentlichen und privaten Betrieben werden wir weiterhin drastisch und konsequent abbauen; ein wesentlicher staatlicher Beitrag hierzu wird die Ausrüstung der HEW-Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen sowie die Stilllegung des Kraftwerkes Karoline 1988 sein;
- auf der Grundlage der energiesparenden Kraft-Wärme-Kopplung werden wir in möglichst kurzer Frist 330 000 Wohneinheiten an das Fernwärmenetz angeschlossen haben;
- wir werden die gesamtwirtschaftliche und ökologische Konkurrenz zwischen Erdgas und Fernwärme in der Wärmeversorgung harmonisieren; im Bereich des Fernwärmeringes um die innere Stadt hat die Versorgung der Wohnungen und Gewerberäume mit Fernwärme Vorrang vor allen anderen Energieträgern;
- die kostbare Ressource Trinkwasser müssen wir durch weitere Sparmaßnahmen im öffentlichen, industriellen und privaten Bereich sichern;
- wir werden das Wanderwegnetz ausbauen, ein Landschaftsprogramm aufstellen und die Wälder und Parks verstärkt sanieren;
- wir werden zusätzliche Naturschutzgebiete ausweisen;
- durch eine Fortführung des Flächensanierungsprogrammes werden wir Altlasten abbauen;
- wir werden die Deponie Georgswerder, die Deponie Muggenburger Straße, das Boehringer-Gelände sowie weitere Deponien und Betriebsgelände sanieren;
- wir werden unter Nutzung von Spitzentechnologien eine umweltgerechte Einrichtung zur Beseitigung von Sonderabfällen schaffen;

7

Umweltschutz

- wir werden für eine Offenlegung aller relevanten Informationen über betriebliche Belastungen von Wasser, Boden und Luft sorgen;
- wir werden die Lärmschutzprogramme fortführen;
- das Programm „Gesundheit und Umwelt“ zur Ermittlung von Zusammenhängen zwischen Umweltbelastungen und menschlicher Gesundheit wird umgesetzt; Ziel ist es, Umweltbedingungen zu schaffen, die die Entstehung von Krankheiten, Gefährdungen und Belastungen vermindern;
- die Abfallbeseitigung wird auf eine ökologische Abfallwirtschaft umgestellt; Ziel der Hamburger Sozialdemokraten ist es, im Verlaufe des nächsten Jahrzehnts durch Vermeidung und Verwertung die durch Verbrennung oder Deponierung zu beseitigenden Hausmüllmengen zu halbieren; wenn das gelingt, verringert sich unser Bedarf an Deponieflächen und kann auch die Müllverbrennung entscheidend reduziert werden.

Modelle

Durch eine Reihe von Modellversuchen testen wir flächendeckende Sammelsysteme für Wertstoffe wie Papier, Glas, Textilien, kompostfähige Abfälle, Metall und Kunststoffe. Dabei legen wir Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und fördern Recycling-Produkte, um die Bedarfe für wachsende Werkstoffmengen zu schaffen.

Durch die Umwandlung von einer kapitalintensiven Abfallbeseitigung zur arbeitsintensiven Abfallwirtschaft werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Rahmenbedingungen für die Abfallvermeidung müssen vom Bundesgesetzgeber durch Ver- und Gebotsregelungen, durch zusätzliche Besteuerung von umweltbelastenden Produkten und Stoffen und durch Kennzeichnungspflichten geschaffen werden.

7

Umweltschutz

Im Mittelpunkt der nächsten Legislaturperiode werden wir zur Erreichung dieser Ziele die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik noch stärker miteinander verbinden. Dies beinhaltet

- die ökologische Zukunftssicherung Hamburgs mit regionaler Beschäftigung zu verknüpfen;
- die Bewahrung der menschlichen Gesundheit, insbesondere durch Schutz und Humanisierung der Arbeitsplätze;
- technologische Innovationen im Dienste der Umweltsanierung mit der Forschung der Hochschulen in Hamburg zu verbinden.

Hamburg geht voran

Dabei wird Hamburg als Gesetzgeber, Verbraucher und Investor Initiator und Motor sein. Denn „Umwelt schützen“, „Gesundheit bewahren“ und „Arbeit schaffen“ sind Aufgaben, die sich nicht allein über Marktmechanismen lösen lassen. Gesundheitspolitik muß auch mit dem Bereich Umweltpolitik abgestimmt werden, damit noch besser als bisher schädliche Umwelteinflüsse auf menschliche Gesundheit vorbeugend erfaßt und bekämpft werden können.

Die im Zusammenhang mit einer solchen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik vordringlichen Maßnahmen werden wir zu aufgaben- und beschäftigungsorientierten Sachprogrammen bündeln.

Die vorrangige Beschaffung von umweltorientierten Produkten für den Verbrauch in öffentlichen Einrichtungen (Schule, Kindertagesheimen, Krankenhäusern, Behörden usw.) die Verwendung von Recycling-Papier, umweltfreundlichen Wasch- und Reinigungsmitteln, aber auch von schadstoffarmen Werkstoffen sowie die Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln, bessere

7

Umweltschutz

Ersatzlösungen für Streusalz und der Einsatz umweltfreundlicher Baustoffe, alles das sind Möglichkeiten, innerhalb der Stadtwirtschaft die Ökologie zu stärken.

Wer zahlt

Die Behebung von Umweltschäden ist teuer. Sie muß deshalb zuallererst von den Verursachern der Schäden finanziert werden und darf nicht allein zu Lasten der Steuerzahler erfolgen. All diejenigen, die in der Vergangenheit Luft, Wasser und Boden sorglos als preiswerte Müllkippe genutzt haben, müssen – soweit es irgend geht – zur Finanzierung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen herangezogen werden. Entsprechende Lösungen, insbesondere auf Bundesebene, bleiben unser Ziel.

Häufig ist der Verursacher oder sein Anteil an einer Verschmutzung nicht eindeutig zu ermitteln. Die Finanzkraft eines kleineren Unternehmens würde durch alleinige Sanierungsverpflichtungen gesprengt. Daher soll auf Bundesebene ein Altlastenfonds aus dem Kreis potentieller Verursacher in gerechterer Weise das Verursacherprinzip verwirklichen.

Darüber hinaus werden wir im Rahmen des Zweiten Arbeitsmarktes zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich des Umweltschutzes anbieten und dafür auch Träger wie die Hamburger Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft nutzen. Um nicht nur zu sanieren, sondern die Umwelt präventiv zu schützen, werden wir uns beim Bundesgesetzgeber für eine Schadstoffabgabe einsetzen, die umweltschädliche Produkte und Produktionsverfahren benachteiligt und umweltfreundliche belohnt. Damit wird auch ein Anreiz zur forcierten Umrüstung veralteter Produktionsanlagen auf den Stand der Technik erzielt.

8

Lebensqualität

8. Die Schönheit, die Wohn- und Lebensqualität unserer Stadt sind kostbare Güter, die wir wahren und entwickeln müssen

Hamburg bietet heute eine in der Bundesrepublik sonst kaum erreichte Lebensqualität.

Immer mehr Menschen spüren wieder die Vorteile einer lebendigen und zugleich viele Erholungsmöglichkeiten bietenden Großstadt. Das werden wir nach Kräften weiter fördern und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die neugewachsene Attraktion der Stadt dazu zu nutzen, Bewohner aus dem Umland für unsere Stadt zurückzugewinnen und verstärkt Touristen in die Stadt zu ziehen.

Die Attraktivität Hamburgs hängt von vielfältigen Faktoren ab: von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, von guten Umweltbedingungen, gutem und preiswertem Wohnraum, einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr und dem kulturellen Angebot. In diesem Sinne haben wir stets darauf geachtet, einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den ökologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Stadt und ihrer Bürger zu finden.

In den nächsten Jahren werden wir:

- unsere Politik der Stadterneuerung in kleinen Schritten fortsetzen und dabei besonders benachteiligte Stadtteile (z. B. St.-Pauli-Nord, Altona-Altstadt und das Karolinenviertel) verstärkt berücksichtigen;
- dabei Selbsthilfeprojekte unterstützen und auch alternative Sanierungsträger beteiligen, um die Erhaltung billigen Wohnraums zu ermöglichen; dabei werden wir allerdings bei jedem neuen Vorhaben darauf achten, daß es uns nicht, wie im Fall Hafensstraße, gegen die Nachbarschaft und gegen die Stadt entgleiten kann;

8

Lebensqualität

- der Pflege und der Verbesserung der vorhandenen Wohnungen Priorität gegenüber dem Wohnungsneubau einräumen;
- die Wohnungen und Großwohnanlagen, die heute sanierungsbedürftig sind, in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und unter Berücksichtigung von Sanierungs- und Nutzungskonzepten der Bewohner mit einem großzügigen, umfassenden Sanierungsprogramm instand setzen, ohne daß hierdurch die Belastung der Mieter in unsozialer Weise erhöht werden darf; deswegen werden wir solche Programme zugleich mit durchgreifenden Maßnahmen zur Energieeinsparung verbinden, um die Heizkosten zu senken;
- den Bestand an Sozialwohnungen bei Genossenschaften und gemeinnützigen Trägern erhalten; in diesem Zusammenhang werden wir – für Hamburg und bundesweit – auf eine Beendigung der Neue-Heimat-Misere nach unserem Lösungsmodell hinwirken;
- unsere Bemühungen um Verkehrsberuhigungen und Umweltverbesserungen konsequent fortsetzen (dies gilt insbesondere für die dicht bebauten Altbauquartiere);
- das Radwegenetz ausbauen;
- die Spitzenstellung von Hamburgs öffentlichem Nahverkehr sichern; im Interesse von Lebensqualität und Umweltschutz liegt es, den öffentlichen Nahverkehr als Alternative zum Auto noch attraktiver zu machen und den veränderten Bedingungen anzupassen; durch ein höheres Maß an Flexibilität muß die Leistungskraft des HVV gesteigert werden; dazu gehört auch eine verbesserte Fahrplangestaltung und Linienführung, die Einführung neuer kundenfreundlicher Angebote und nicht zuletzt eine Reform der Tarifstruktur; in der nächsten Legislaturperiode werden wir die Arbeiten an der U-Bahn-Linie von Barmbek nach Steilshoop und Bramfeld aufnehmen und die Kapazität des Park-and-Ride-Systems ausbauen;

8

Lebensqualität

- den vielen Menschen, die in ihrer Freizeit Sport treiben wollen, die Möglichkeit dazu sichern; der Sportplatz „um die Ecke“ muß bleiben; unvermeidliche Ruhestörungen müssen von den Anwohnern in Kauf genommen werden; notfalls müssen gesetzliche Regelungen Sport und Wohnen nebeneinander ermöglichen; die gute Zusammenarbeit mit der Sportselbstverwaltung werden wir pflegen;
- den Denkmalschutz intensivieren, um wertvolle Gebäude und Einrichtungen unserer Stadt zu sichern und das historisch gewachsene Gesicht Hamburgs zu pflegen.

Gesund bleiben

Hamburg hat sehr leistungsfähige Einrichtungen zur gesundheitlichen Betreuung. Sie stehen nicht nur den Bürgern, sondern auch unseren Gästen sowie den Umlandbewohnern Tag und Nacht zur Verfügung.

Wir werden auch zukünftig eine moderne medizintechnische Ausstattung dieser Einrichtungen sichern, aber zugleich die persönliche Zuwendung zu den Patienten als einen bestimmten Faktor auch der Gesundheitspolitik verstehen.

Wir begrüßen deshalb, daß die Selbsthilfebewegung in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen hat. Wir fördern sie als Ergänzung des allgemeinen Gesundheits- und Sozialwesens und als Hilfe zur Selbsthilfe in den Bereichen, die der etablierten Medizin weitgehend verschlossen sind.

Selbsthilfegruppen sind für viele Menschen eine Möglichkeit, Isolierung und Angst nach einem überstandenen oder bei einem noch andauernden Leiden zu überwinden. Auch künftig soll in Hamburg die Kontakt- und Informationsstelle der Selbsthilfegruppen (KISS) mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

8

Lebensqualität

Darüber hinaus wollen wir die Gesundheitsbildung durch Aktivierung der Arbeit in den Gesundheitsämtern als bürgernahes Angebot fördern. Solches Wissen schafft die Möglichkeit, durch aktives Handeln selbst für die eigene Gesundheit einzutreten.

Am Prinzip der Gemeindenähe haben wir auch die Versorgung für unsere psychisch kranken Mitbürger in den letzten Jahren orientiert. Dabei sind in verschiedenen Stadtteilen neue Einrichtungen entstanden. Wir Sozialdemokraten wollen dies auch künftig konsequent fortsetzen. Weitere Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden Jahren werden die berufliche Bildung psychisch Kranker, ihre Rehabilitation und Wiedereingliederung in das Berufsleben sein.

Wir werden uns auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Zeit dafür einsetzen, daß die Maßnahmen zur Qualitätssicherung ärztlicher Behandlungen sinnvoll erweitert werden.

Hamburg hat viele leistungsfähige Krankenhäuser, in denen kranke Mitbürger die notwendige medizinische Hilfe vorfinden. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir werden deshalb ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen, um die Behandlungsbedingungen neuen Erkenntnissen anzupassen und Behandlungsabläufe weiter zu verbessern; dazu gehört auch die Modernisierung alter Krankenhäuser. Wir Sozialdemokraten stehen nachhaltig zu der Verpflichtung, das Krankenhauswesen als öffentliche Aufgabe zu begreifen.

9

Innere Sicherheit

9. Kriminalität bekämpfen und zugleich den Schutz der Bürgerrechte sicherstellen

In allen Großstädten gibt es tagtäglich Straftaten. Auch in Hamburg. Zwar hat die Zahl der Gewaltverbrechen bei uns im vergangenen Jahr weiter abgenommen. Aber es bleibt für die Sicherheit viel zu tun. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe der Polizei sollen deshalb weiter verbessert werden. Dazu gehört insbesondere die erneute Steigerung der Zahl der Fußstreifenbeamten, die den Bürgern bei allen Fragen der inneren Sicherheit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Um das Gefühl von Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zu beseitigen, werden in Zukunft Zugbegleiter mitfahren, die ein wachsames Auge auf das Geschehen werfen und gegebenenfalls Hilfe herbeiholen können.

Besondere Anstrengungen werden wir unternehmen

- gegen alle Formen des organisierten Verbrechens, das in Hamburg keine Chance haben darf;
- gegen die Wirtschaftskriminalität, die keine feine Kriminalität ist, sondern in hohem Maße sozialschädlich;
- gegen die Umweltkriminalität, die die Lebensgrundlagen unserer und späterer Generationen gefährdet.

Bei der Bekämpfung der Kriminalität beachten wir zugleich den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Wir werden deshalb

- Bagatelldelikte etwa von Jugendlichen mit Augenmaß verfolgen. Die gerichtliche Bestrafung soll nicht mehr der Regelfall sein. Das heißt nicht, solche Vergehen moralisch zu billigen. Aber erzieherische Maßnahmen vermögen oft mehr als Strafurteile;
- die Bedingungen in der Untersuchungshaft verbessern;

9

Innere Sicherheit

- auch weiterhin für einen humanen Strafvollzug sorgen, der durch die Resozialisierung ehemaliger Straffälliger den Rückfall verringern hilft; zur Humanisierung gehört auch die in Angriff genommene Verbesserung der medizinischen Versorgung kranker Gefangener.

Sicher sein

Für uns gilt: Nur ein Staat, der als Rechtsstaat das Verbrechen entschlossen bekämpft und dabei zugleich die Bürgerrechte wahrt und als Sozialstaat den gesellschaftlichen Bedingungen der Kriminalität entschieden entgegenwirkt, schafft wirklich innere Sicherheit.

Ein Staat hingegen, der zunehmend mehr Bürger systematisch erfaßt und speichert, der freie und mündige Bürger zu computergerechten Merkmalsträgern degradiert, sät Mißtrauen. Denn staatliches Mißtrauen gegenüber seinen Bürgern geht stets mit der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und dem Verlust an zwischenmenschlicher und gesellschaftlicher Toleranz einher. Dann leidet auch die innere Sicherheit. Denn je mehr der Staat auf diese Weise das Vertrauen und die Unterstützung seiner Bürger verliert, um so schlechter kann er seine Aufgaben auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung erfüllen.

Sozialdemokraten wollen versöhnen statt spalten. Der Schutz der Freiheitsrechte und die Achtung der Menschenwürde sind zentrale Aufgaben. Wir werden daher bei allen anstehenden Gesetzgebungsvorhaben dem Datenschutz der Bürger und Arbeitnehmer ein besonderes Augenmerk widmen und die Kontrollbefugnisse des Datenschutzbeauftragten auch künftig sicherstellen.

9

Innere Sicherheit

Neue Regeln

Die notwendige Neuregelung des Polizeirechts in Hamburg wird im Gegensatz zu den neuen Bonner Sicherheitsgesetzen klare, rechtsstaatlich beschriebene und auf unabdingbare Sicherheitsbedürfnisse beschränkte Befugnisse für die Behörden festlegen. Statt ausufernder Überwachungspraxis wird es in Hamburg eher eine kritische Prüfung polizeilicher Dateien auf ihre Notwendigkeit hin geben. Wir werden die verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten sowohl hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit als auch hinsichtlich ihrer Arbeitsweisen aufrechterhalten. Dem Bonner Weg, der die Grenzen verschwimmen läßt, folgen wir nicht. Wir lehnen deshalb die Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises ab. In Hamburg werden wir von uns aus Geräte zur Erfassung des maschinenlesbaren Personalausweises nicht einführen. Unsere Gesetzgebung wird rechtsstaatlich gesicherte und wirksame Vorsorge gegen Schwerstkriminalität ermöglichen, aber eine vorbeugende Verbrechensbekämpfung, die allein zur vorbeugenden polizeilichen Erfassung vieler, auch unbescholtener Bürger führt, benötigen wir nicht. Sie bringt keinen Sicherheitsgewinn, brächte uns aber dem „gläsernen Menschen“ ein Stück näher.

10

Verwaltung

10. Hamburg braucht eine zugleich effektive und liberale Verwaltung

Eine wirksame, bürgernahe Verwaltung, die mit kurzen Wegen arbeitet und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufnimmt, gehört zu den wichtigsten Vorzügen einer Großstadt. Zugleich muß darauf geachtet werden, daß jede Leistung zu möglichst geringen Kosten erfolgt. Hamburg hat auf diesem Weg schon gute Erfolge erzielt.

Wir werden

- die Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit der Behörden weiter verstärken; die Verwaltung hat den Bürgern zu dienen und nicht umgekehrt;
- uns Bestrebungen entgegenstellen, durch überflüssige Gesetzesänderungen die Befugnisse staatlicher Organe gegenüber den Bürgern noch zu verstärken; die gegenwärtige Bundesregierung ist hier schon jetzt an vielen Stellen zu weit gegangen; sie nimmt die Freiheit des mündigen Bürgers nicht ernst genug und gefährdet damit die Liberalität in unserem Land.

In der vor uns liegenden Legislaturperiode wollen wir unsere Überlegungen zur Verwaltungsreform und zur Vereinfachung in Hamburg abschließen. Unser Ziel ist es, Doppelzuständigkeiten und Aufgabenüberschneidungen abzubauen und dabei Bürgernähe und Eigenverantwortlichkeit der Verwaltung zu stärken. In diesem Sinne sollen die Entscheidungsabläufe zwischen der Verwaltung und Beratung vor Ort, die heute von Bezirksämtern und Bezirksverwaltungen sowie Ortsämtern und Ortsausschüssen wahrgenommen werden, und der Senats- und Bürgerschaftsebene weiter verbessert werden. Die veränderte Lage der Stadt zwingt auch hier zu neuem Nachdenken, wie der Notwendigkeit einer zugleich bürgernahen und kostengünstigen, zügigen Verwaltung noch stärker entsprochen werden kann.

Dabei wollen wir die Durchschaubarkeit von Verwaltungsabläu-

10

Verwaltung

fen und Verwaltungsentscheidungen erhöhen und mehr Sprechstunden für die Bürger ermöglichen.

Der technologische Wandel insbesondere auf dem Bürosektor muß auch in der Verwaltung der Stadt umgesetzt werden. Dabei müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und deren Arbeitsschutzrechte berücksichtigt werden. Das Hamburgische Personalvertretungsgesetz werden wir novellieren, sobald die schwebenden verfassungsgerichtlichen Verfahren beendet sind und ausgewertet werden können.

11

Sparsamkeit

11. Die Politik konsequenter Sparsamkeit fortsetzen

In den vergangenen 4 Jahren haben Senat und Bürgerschaft große Anstrengungen unternommen, um den Hamburger Haushalt zu konsolidieren. Dies geschah, indem wir ein vernünftiges, modernes Haushaltssystem einführten und dazu in fast allen Bereichen – bei den Personal- wie bei den Sachausgaben und bei den Investitionen – hart gespart haben. Für viele war dies schmerzhaft. Und wir wissen, daß in einigen Bereichen die Sparanstrengungen auch an die Substanz gegangen sind.

Das war besonders bitter, weil noch 1985 Hamburger Bürgerinnen und Bürger – trotz hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Sozialhilfeleistungen – wiederum den mit Abstand höchsten Betrag pro Einwohner in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben. Diese Belastung ist Hamburg nicht länger zuzumuten. Sie bedroht die Existenzfähigkeit unserer Stadt. Deshalb hat der Senat – mit Erfolg – vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Hamburg erhebt Anspruch auf eine stadtstaatsengerechte Finanzausstattung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs.

Zwar wird in jedem Fall der öffentliche Haushalt noch über Jahrzehnte durch hohe Zinsen belastet. Aber unsere Konsolidierungsbemühungen hatten Erfolg. Der Anstieg der Belastungen ist gebremst worden. Die Fortsetzung unserer Politik konsequenter Sparsamkeit ist dennoch notwendig, weil sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Betriebe unserer Stadt ein Recht darauf haben, daß die Last der Gebühren und städtischen Steuern in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Da Hamburg derzeit nur über geringe Möglichkeiten verfügt, seine Einnahmen aus eigenen Steuern zu erhöhen, da zudem die Möglichkeiten der Kreditaufnahme begrenzt sind, werden sich auch in den nächsten Jahren erhebliche Sparzwänge ergeben. Dabei wird Hamburg aber nicht die Politik der konservativen Bundesregierung übernehmen und die Gesichtspunkte der sozialen Gerechtigkeit und des Arbeitsmarktes hintanstellen.

Hamburg fordert – gemeinsam mit vielen anderen Städten und Gemeinden und den Gewerkschaften – eine durchgreifende

11

Sparsamkeit

Verbesserung der kommunalen Finanzen, die die Städte in die Lage versetzt, ihren Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich wie in der Umweltpolitik usw. voll gerecht zu werden.

Solange diese Forderungen nicht realisiert sind, wird Hamburg sich aufgrund seiner beschränkten Finanzausstattung weiteren Sparmaßnahmen nicht entziehen können. Dies verlangt den weiterhin konsequent sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln und das Setzen von Prioritäten (Umweltschutz, Ausbildungs- und Arbeitsplätze), auch um Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst zu begrenzen.

12

Nachbarländer

12. Mit den Nachbarn zusammenarbeiten

Die Zukunft unserer Stadt hängt nicht allein von uns ab. Wir brauchen eine möglichst enge, gute Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, mit dem Bund und mit der Europäischen Gemeinschaft.

Auf allen diesen Ebenen haben wir deshalb in den vergangenen Jahren unsere Anstrengungen zugunsten einer engeren Kooperation außerordentlich verstärkt.

Mit den anderen norddeutschen Bundesländern haben wir – über alle Parteigrenzen hinweg – die Konferenz Norddeutschland gebildet, auf der Fragen des gemeinsamen Interesses besprochen und entschieden werden. So wird z. B. eine Bewältigung der Schiffbau- und Schifffahrtskrise nur durch ein gemeinsames Vorgehen der Unternehmen des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften möglich sein. Mit Schleswig-Holstein haben wir darüber hinaus eine Rahmenvereinbarung getroffen, die im Wege eines gerechten Gebens und Nehmens zu einem wechselseitigen Ausgleich der Interessen geführt hat.

Diesen Weg wollen wir verstärkt fortsetzen. Wir werden deshalb der schleswig-holsteinischen Landesregierung vorschlagen, in bestimmten Fragen (z. B. Tourismuswerbung) gemeinsame Arbeitsausschüsse zu bilden.

Um die negativen Wirkungen des „Bürgermeister-Wettbewerbs“ zu vermindern, wird Hamburg sich auf norddeutscher Ebene für eine bessere Abstimmung der Wirtschaftsförderung einsetzen.



Frieden

Unser Volk braucht inneren und äußeren Frieden

Die Rechte der deutschen Arbeitnehmer dürfen nicht dem international verschärften Wettbewerb geopfert werden.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und die von ihr im wesentlichen verursachte internationale Verflechtung und Wettbewerbsverschärfung beeinflusst nicht nur Zahl und Standort der Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern auch deren Qualität.

Heimarbeit statt Betriebsarbeit, Schicht- und Wochenendarbeit statt familiengerechter Arbeitszeiten, die Auflösung größerer Betriebseinheiten mit Betriebsräten und Mitbestimmung zugunsten kleiner Einheiten, in denen die Organisation der Arbeitnehmer und die Wahrung ihrer Interessen zwangsläufig erschwert werden: dies alles sind keine Bagatellfragen und keine Nebenthemen unserer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie werden uns in den kommenden Jahren intensiv zu beschäftigen haben.

Sozialer Frieden

Deswegen treten Sozialdemokraten dafür ein, daß auf Bundesebene und auf europäischer Ebene gesetzgebende Schritte getan werden, um soziale Errungenschaften zu bewahren und auszubauen.

Deswegen treten wir Sozialdemokraten auch dafür ein, daß das Streikrecht der Gewerkschaften unangetastet bleibt und die betriebliche Mitbestimmung gesichert und ausgebaut wird.

Ausländer bei uns

Die Qualität einer demokratischen Gesellschaft erweist sich wesentlich darin, wie die Mehrheit der Bevölkerung mit Minderheiten umgeht. Es hat in Hamburg in den letzten Monaten schlimme Gewalttaten gegenüber ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gegeben. Das können wir nicht akzeptieren. Deshalb werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu fördern. Hierzu sind folgende zusätzliche Maßnahmen ins Auge gefaßt:

- ausländische Mitbürger sollen intensiver über ihre Rechte und die Leistungen der Stadt unterrichtet werden;
- im Bereich von Freizeit und Begegnung werden zusätzliche sozialbetreuerische Angebote gemacht;
- in publikumsintensiven Dienststellen und Leistungsbereichen der Verwaltung sollen verstärkt ausländische Mitarbeiter eingesetzt werden, um sprachliche Barrieren zu überwinden;
- im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bei staatlichen Dienststellen werden etwa 25 ausländische Bürger berufsbegleitend zu Sozialberatern fortgebildet;
- wir werden uns zusammen mit anderen Bundesländern bemühen, die Voraussetzungen für die Einbürgerung zu erleichtern;
- wir werden die Teilhabe ausländischer Mitbürger an der politisch-administrativen Willensbildung deutlich verbessern. Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu den Bezirksversammlungen einführen.

Auch homosexuelle Mitbürger sind immer noch gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt. Sozialdemokraten werden sich auch in Zukunft für die Rechte dieser Minderheit einsetzen.

Frieden

Hilfe zur Selbsthilfe

Angesichts des wachsenden internationalen Nord-Süd-Gegensatzes und der Armut und Unterdrückung der Menschen in der Dritten Welt sind auch die Bundesländer aufgerufen, einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Hamburg tut dies seit längerem im Ausbildungsbereich und neuerdings durch Förderung der entwicklungspolitischen Projektarbeit. Diese darf sich nicht an den kurzfristigen Wirtschaftsinteressen orientieren. Sie geht vielmehr davon aus, daß eine an den Bedürfnissen der Partner orientierte Hilfe zur Selbsthilfe aus ökologischen, friedenspolitischen und wirtschaftlichen Gründen langfristig auch im Interesse der Hamburger Bevölkerung liegt.

Entwicklungshilfe ist in erster Linie Aufgabe des Bundes und der Beitrag Hamburgs kann falsche Strategien dort kaum korrigieren beziehungsweise ihnen nur in wenigen Bereichen entgegenwirken. Der vorhandene Spielraum muß aber genutzt werden. Hamburg hat insbesondere die Möglichkeit, mit Interessierten eng zusammenzuarbeiten und das entwicklungspolitische Engagement seiner Bürger zu unterstützen. Dabei besteht die Chance, am Beispiel der eigenen Projektarbeit die Entwicklungspolitik verstärkt in die schulische und außerschulische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen und dadurch das Verständnis für Möglichkeiten und Probleme der Entwicklungspolitik in Hamburg zu fördern.

Die vorhandenen Ansätze zur entwicklungspolitischen Projektarbeit wie z. B. in Botswana und Nicaragua sollen verstärkt und ausgeweitet werden. Schwerpunkt wird dabei auch die Unterstützung von Projekten sein, welche die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten der Ärmsten beseitigen sollen.

Der Friede wird nicht allein durch die Fähigkeit zur Verteidigung gesichert: Nur internationale Gerechtigkeit, Verständigung und Entspannungspolitik sichern den Weltfrieden dauerhaft. Hamburg wird sich deshalb – im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten – weiterhin für Frieden und internationale Verständigung aktiv einsetzen. Im übrigen wird Hamburg sich im Bundesrat gegen ein neues Zivilschutzgesetz aussprechen.

Entscheiden Sie

Entscheiden Sie

Wir Sozialdemokraten laden Sie, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt – auch wenn Sie jetzt noch anderen Parteien zuneigen – zur Zusammenarbeit und zu einer gemeinsamen Suche nach der besten Zukunft für Hamburg ein.

Wir stellen uns einer Politik entgegen, die ausgrenzt statt zu integrieren, die spaltet statt zu versöhnen.

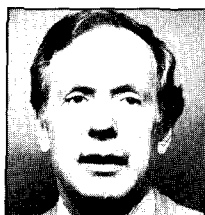
Denn vor uns liegen noch schwierige Jahre. Wir werden sie nur erfolgreich bestehen, wenn wir uns auf die Tugend der Solidarität besinnen und nicht das Recht des Stärkeren zum Zuge kommen lassen.

Hamburg ist in den letzten Jahren mit einer klaren Mehrheit für die Sozialdemokraten gut gefahren. Helfen Sie mit, daß Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und die Hamburger SPD weiterhin klaren Kurs halten können.

Hamburg kann weder unklare Verhältnisse gebrauchen, noch den Wechsel zu einer anmaßenden Wende nach rückwärts, die in Bonn so viel Schaden für unser Land und seine Menschen anrichtet.

Hamburg ist wieder auf dem Weg nach vorn.

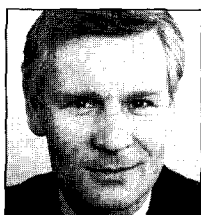
Die Kandidaten



1 Klaus von Dohnanyi (58)
Erster Bürgermeister



2 Alfons Pawelczyk (53)
Zweiter Bürgermeister



3 Henning Voscherau (45)
Notar



4 Helga Elstner (62)
Dipl.-Volkswirtin



5 Hans Saalfeld (58)
Vors. des DGB Hamburg



6 Christine Maring (52)
Senatorin



7 Jan Ehlers (47)
Senator



8 Jörg Kuhbier (46)
Senator



9 Horst Gobrecht (49)
Senator



10 Volker Lange (42)
Senator



11 Roland Issen (48)
ste. v. Vors. der DAG



12 Rosemarie Raab (39)
Soziologin



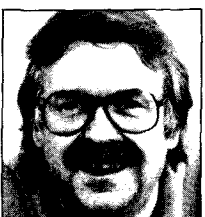
13 Ursula Preuß (55)
Krankenschwester



14 Gerd Welland (46)
Rechtsanwalt



15 Elisabeth Klausch (53)
Geschäftsf. SPD-Bürgerschaftsr.



16 Leonhard Hänen (48)
Hochschullehrer



17 Eugen Wagner (44)
Senator



18 Wolfgang Curilla (44)
Senator



19 Manfred Drötschmann (53)
Agraringenieur



20 Rolf Lange (44)
Dipl.-Politologe



21 Werner Weinrich (48)
Angestellter



22 Hans Peters (52)
EDV-Fachmann



23 Dorothee Stapelfeldt (30)
Doktorandin



24 Birgit Siegmund (36)
Lehrerin



25 Wolfgang Schulz (55)
Professor



26 Reinhardt Hinze (55)
Fachbereichsleiter



27 Petra Brinkmann (44)
Med.-techn. Angestellte



28 Hans-Joachim Meissner (38)
wissensch. Mitarbeiter



29 Wolfgang Pages (41)
Beamter



30 Erich Rumpel (55)
Gewerkschaftssekretär



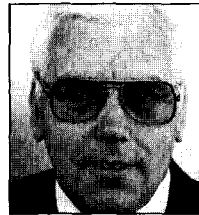
31 Christoph Reuß (40)
Dipl.-Volkswirt



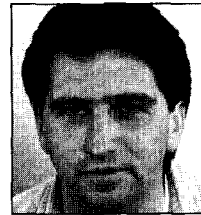
32 Paul Busse (48)
Geschäftsführer



33 Thea Woost (55)
Verwaltungsbeamtin



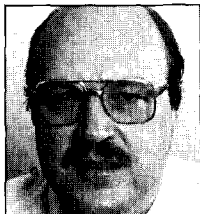
34 Ingo Kleist (48)
Geschäftsführer



35 Werner Dobritz (39)
Dipl.-Volkswirt



36 Elke Fank (52)
Geschäftsführerin



37 Manfred Fraider (50)
Kapitän



38 Manfred Silberbach (51)
Maschinenschlosser



39 Jens-Peter Petersen (44)
Dipl.-Ingenieur



40 Lutz Freitag (43)
Leiter der DAG Hamburg



41 Johann Klarmann (47)
Oberstudienrat



42 Uwe Riez (35)
Jurist



43 Fritz Duden (47)
Beamter



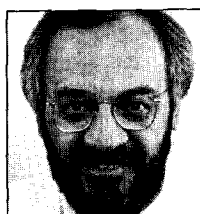
44 Hans Scheffe (49)
Schul-Hausmeister



45 Harro Matthiesen (60)
Verwaltungsangestellter



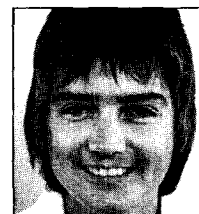
46 Jan Jalass (49)
Geschäftsführer



47 Harro Frank (45)
Direktor



48 Annegret Ottke (39)
Studentin



49 Ute Pape (37)
Lehrerin



50 Christa Randzio-Plath (46)
Beamtin



51 Peter Kämmerer (45)
Gewerkschaftssekretär



52 Renate Schade (44)
kfm. Angestellte



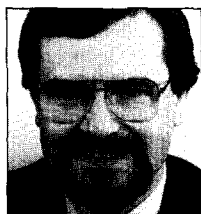
53 Inge Kazamel (58)
Geschäftsführerin



54 Wilhelm Roepert (56)
Angestellter



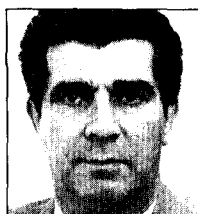
55 Gerhild Halfmeier (43)
Lehrerin



56 Günter Elste (37)
Dipl.-Kaufmann



57 Ursula Caberta (36)
Angestellte



58 Heinz Schnelle (51)
Gewerkschaftssekretär



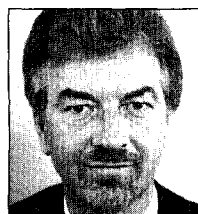
59 Holger Christier (38)
Studienrat



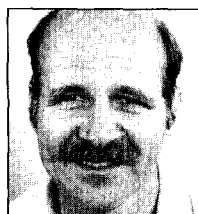
60 Petra Adam-Ferger (42)
stellv. Betriebsratsvors.



61 Michael Seik (42)
Soziologe



62 Reinhard Richter (44)
Dipl.-Ingenieur



63 Werner Lowe (45)
wissenschaftl. Angest.



64 Margrit Schiankarot (43)
Buchhändlerin



65 Ralph Bornhoff (32)
Junker



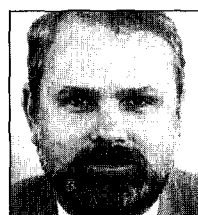
66 Uwe Voigt (41)
Versicherungskaufmann



67 Hubert Psike (49)
Dipl.-Handelslehrer



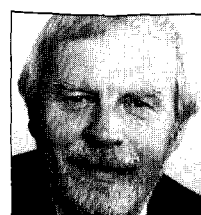
68 Petra Meizer (39)
Dipl.-Betriebswirtin



69 Klaus Plambeck (41)
Beamter



70 Günter Apel (59)
Senator a. D.



71 Hans Rehder (61)
Rentner



72 Helga von Hoffmann (53)
Sekretärin



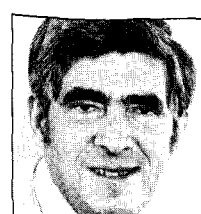
73 Annegret Volkmann (36)
Lehrerin



74 Wulf Damkowski (44)
Hochschullehrer



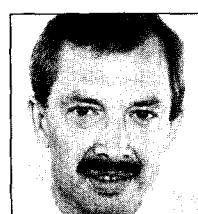
75 Inge Forster-Baidenius (46)
Kauffrau



76 Günther Grothe (57)
DO-Angestellter



77 Günther Beuch (58)
Pensionär



78 Jochen von Maydehl (41)
Geschäftsführer



79 Werner Karotka (59)
Verwaltungsbeamter



80 Marita Schiesselmann (31)
Organisatorin

Die Hamburger Sozialdemokraten. SPD.